

Wie lange denn noch?

Über die Unsäglichkeiten der heimischen Hochschulpolitik und ihre Folgen

Gero Fischer

Die Uni-Misere strebt allmählich einem Höhepunkt zu: Eine Politik, die angesichts der drohenden finanziellen Pleite von Unis (TU Wien, Med-Unis, etc.), durch präpotent-ignorante Nichtwahrnehmung von Verantwortung alles noch verschlimmert aber auch Universitäten, die an die Wand gedrängt schon längst resignierend den gekrümmten Gang gehen und die Interessen der Studierenden verkümmern lassen ...

Vorbemerkungen

An den Eingang der Überlegungen stelle ich zwei unmissverständliche, prononciert und engagiert formulierte Zustandsbeschreibungen - bezeichnender Weise nicht von Uni-Angehörigen sondern gleichsam von „Externen“:

„Alle Akademiker in der gegenwärtigen Regierung haben gratis studiert, haben in der Regel länger studiert, als es heutige Studienfristen erlauben, sie hatten weder Barrieren zu überwinden noch Drop-out-Sanktionen zu fürchten, sie sind gratis zur Uni und gratis nach Hause transportiert worden, sie haben durch das UOG Firnbergs von 1975 die Institutionalisierung studentischer Mitbestimmung erlebt beziehungsweise davon profitiert, sie haben zugleich mit ihrer akademischen Ausbildung Erfahrungen mit politischem Engagement machen und Demokratie einüben, letztlich ihre politischen Karrieren starten können - und sie haben es durch diese Chancen, die ihnen gegeben waren, bis auf Regierungsposten geschafft, wo sie, statt heute auf dem Bauernhof der Eltern Kühe zu melken, nun staatstragend (und zwar den Staat in den Abgrund tragend) sagen: So wie wir studiert haben, soll keiner mehr studieren dürfen! Warum soll Studium gratis sein? Bildung ist ein knappes Gut! Bildung ist teuer! Es muss Schluss sein mit dieser Lässigkeit, mit der die Studierenden heute womöglich so viele Semester benötigen, wie wir selbst seinerzeit. Für Gratis-Universitäten stehen wir nicht zur Verfügung, sagen sie, und statt zurückzutreten stehen sie unbeugsam weiter zur Verfügung, um diesen Unsinn und diese Undankbarkeit zu demonstrieren. Selbst der Wissenschaftsminister, der bei verschiedenen Parteien inskribiert hatte, um zu studieren, wo er größere Karrierechancen hat, verteidigt heute nicht die Universität, nicht die Studierenden, wie es seine Aufgabe wäre, sondern gibt im Wochentakt Interviews, in denen er den Satz 'Es muss ja nicht jeder studieren' abwechselnd epikureisch und stoizistisch argumentiert, also nicht nur den Anspruch der Gründungsurkunde der Universität, sondern gleich auch die Philosophie- und Bildungsgeschichte verballhornt.“
Robert Menasse: Aus Liebe zur Alma Mater: Sperrt sie zu! In: Presse, Spectrum 5.5.2012

„So vergeht sich eigentlich jeder pragmatisierte Professor, der nicht gegen unhaltbare Zustände an seiner Universität, an seinem Institut auftritt, nicht versucht, dagegen etwas zu unternehmen, eine Verbesserung herbeizuführen, weil er persönliche Nachteile bei der Zuteilung von Personal und / oder Fördermittel befürchtet, an der ihm anvertrauten Studentengeneration. Er würde mit seinem Protest zugunsten besserer Studienbedingungen für die jungen Menschen weder seinen Arbeitsplatz noch seine Existenz und schon gar nicht seine Freiheit aufs Spiel setzen. Er unterlässt dennoch ein entsprechendes Verhalten für, gemessen an der Verantwortung für die Jugend, kleinteilige persönliche Vorteile.

Diese Unterlassungssünde, dieses negative Beispiel für die Jugend, schadet der Zivilgesellschaft mehr als fehlgeleitete Studentenproteste es je tun könnten. Hier wird der gekrümmte Gang zur Nachahmung empfohlen und als Entschuldigung 100 Jahre Obrigkeit und Gehorsam-Sein angeführt. Unmittelbar danach wird das Lamento von der Aussichtslosigkeit angestimmt. Einzeldemonstrationen von widerständigem Verhalten hätten keine Wirkung, Einzelaktionen „nützen ohnehin nichts“, Einzelmeinungen würden jedenfalls negiert werden. - Schutzbehauptungen allesamt, durch die Einzelne die Rechtfertigung für ihre Unterlassungssünden beziehen.“

Anneliese Rohrer, Ende des Gehorsams, Wien 2011, S. 89-90

Befunde

Die hochgepriesene Unireform von 2002 und die Einführung der sog. Bologna-Architektur - Stichwort "Europäischer Hochschulraum" - beschleunigten den Weg der schon seit Jahrzehnten angeschlagenen österreichischen Hochschulen ins Debakel. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hielten Dogmen des Neoliberalismus und dessen verquere und dubiose

Managementtheorien unter dem Beifall einer konservativen Claque in Politik und Medien Einzug in Lehre und Verwaltung der Hochschulen. Dieser Paradigmenwechsel wurde unter dem Etikett der Autonomie, Rechtsfähigkeit und Internationalisierung kaschiert. Die Universitäten gerieten seither unter steigenden Druck, betriebswirtschaftlichen Kriterien zu entsprechen, die mehr Effizienz versprochen. Die Folgen dieser politisch gewollten Mangelverwaltung sind Einsparungen, Kürzungen im Lehrangebot sowie die Praxis, dass Dienstposten - Professuren, Assistentenstellen etc. - nicht oder stark verspätet nachbesetzt, Studienrichtungen gestrichen werden, etc. Diesen Effizienzbestrebungen ist z.B. (an der Uni Wien) auch das bis dahin existierende Angebot von Sprachkursen (z.B. für Hörer aller Fakultäten) u.a. LV von allgemeinem Interesse zum Opfer gefallen, die Auslagerung dieser Kurse an kostenpflichtige (und qualitativ keineswegs gleichwertige) Angebote einer universitätsnahen GesmbH und ähnliche Maßnahmen gehen ausschließlich zu Lasten der Studierenden. Trotzdem (und z.T. in Folge dessen) verschlechtern sich die Betreuungsverhältnisse kontinuierlich, der Stand der Lehrenden kann mit der steigenden Zahl der Studierenden immer weniger mithalten. Allmählich wird auch sichtbar, dass die Qualität der Lehre und der wissenschaftlichen Ausbildung in vielen Studienrichtungen nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Das Lehrangebot beinhaltet immer weniger Wahlmöglichkeiten, für die Studierenden engt sich der Bereich für individuelle Interessenschwerpunkte immer mehr ein. Eine überbordende Bürokratie kontrolliert und gängelt - und das keineswegs immer fehlerfrei - den Studienverlauf der Studierenden bis ins Detail.

Am 23.4.2012 erging ein Rundschreiben des Rektorates der Universität Wien zur Budgetsituation an die Unimitarbeiter: "Der Studien-, Lehr- und Forschungsbetrieb konnte schon 2012 nur in vollem Umfang aufrechterhalten werden, weil die Universität Wien für dieses Jahr ein Budgetdefizit von 15 Millionen Euro in Kauf genommen hat. Im März 2012 musste das Rektorat wegen veränderter externer Faktoren die Budgetplanung nochmals anpassen: Wir müssen noch 3 bis 4 Millionen Euro einsparen, obwohl es gelungen ist, vom Ministerium zusätzliche Mittel zu erwirken. Ein Budgetdefizit von 15 Millionen Euro ist einmalig vertretbar, da für 2013 bis 2015 eine deutliche Erhöhung der Budgetmittel durch Bundesminister Töchterle in Aussicht gestellt wurde. Ohne massive Budgeterhöhung würde das Budgetdefizit der nächsten 3 Jahre bei unverändertem Angebots- und Leistungsspektrum insgesamt an die 100 Millionen Euro betragen." Die Technische Universität Wien ist mit einem Minus von 20 Millionen € de facto pleite, nur Drittmittel halten sie über Wasser¹, damit ist sie nicht allein, auch andere Unis sind in ähnlicher Situation. Nun ist dieser Zustand nicht über Nacht entstanden oder wie ein unvorhergesehenes Naturereignis über sie herein gebrochen. Dass die herrschende Hochschul- und Bildungspolitik offensichtlich weder fähig noch gewillt ist, nachhaltige Lösungen z.B. für Finanzierung der universitären Forschung und Lehre zu finden, hat sie Jahrzehnte lang eindrucksvoll bewiesen. Ich möchte aber auch die interessante Frage stellen, welchen Part dabei die Universitäten und Hochschulen gespielt haben und noch immer spielen? Waren sie nicht zu passiv, haben sie nicht zu lange bestenfalls schulterzuckend zugehört, wie die Situation der Lehre für die Studierenden sich systematisch verschlechtert und die Arbeitsbedingungen in der Forschung insbesondere für die Nachwuchsforscher immer prekärer werden?² Wo waren, um mit A. Rohrer zu sprechen, hörbare Proteste und wahrnehmbare Aktivitäten der "pragmatisierten Professoren" zu

¹ TU Wien steht kurz vor der Pleite. Traditionsreiche Hochschule hat 20 Millionen Euro Schulden.
http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20120421_OTS0002/profil-technische-universitaet-wien-steht-kurz-vor-der-pleite (21.4.2012)

² Jungforscher müssen um ihre Jobs kämpfen. In der Wissenschaft steigt die Zahl der prekär Beschäftigten.
in: Wiener Zeitung 26.4.2012

verzeichnen, die gegen "gegen unhaltbare Zustände" an der Universität, am Institut aufgetreten sind, die versucht haben," dagegen etwas zu unternehmen, eine Verbesserung herbeizuführen". War und ist es nicht oft so, dass "kleinteilige persönliche Vorteile" den Ausschlag für ein opportunistisches Stillhalten und damit für eine de facto Zustimmung zur herrschenden Uni-Politik gegeben hat und immer noch gibt und diesen die "Verantwortung für die Jugend" geopfert wurde / wird? Wäre es nicht in der Tat notwendig (gewesen) "widerständiges Verhalten" auf breiter Basis zu zeigen und Solidarität aus Verantwortung für die "anvertraute Studentengeneration"?

Es gibt so gut wie keine Entschuldigung für diese Abstinenz, diesen Mangel an Engagement, und Solidarität, gegenüber den berechtigten Forderungen der Studierenden und des wissenschaftlichen Nachwuchses nach ordentlichen Studien- und Arbeitsbedingungen. Nicht alle in der akademischen Hierarchie haben die selben Möglichkeiten der Flucht, des Ausweichens, des Abduckens. Die meist stereotypen Antworten, die man erhält, wenn man die Kollegen anspricht, warum sie die Verhältnisse, gegen die sie inoffiziell und unter vier Augen massive Einwände haben, so widerspruchslos akzeptieren, zeugen von Opportunismus, mangelnder Zivilcourage und von einem Pragmatismus des persönlichen Vorteils. Lieber weitgehend ungestört am eigenen Ruhmesdenkmal bauen als Kämpfe für die akademische Community mit zugegebenermaßen sehr ungewissem Ausgang zu fechten.

Die Universität ist auf dem besten Weg, zum Ort des Frustes, der großräumigen Zerstörung von intellektuellen Potenzialen zu werden. Die Hochschulpolitik scheint alles dran zu setzen, die Universitäten und speziell die Wiener Universität, die größte und älteste im deutschsprachigen Raum mit einer großartigen Geschichte, definitiv vor die Hunde gehen zu lassen - und die Universitäten sind ihrerseits - damit der Politik vergleichbar- nicht im Stande oder willens gegen diesen Akt der Zerstörung entsprechenden Widerstand zu setzen.

Ein Blick zurück

Es lohnt sich ein nicht verklärender Rückblick: Wer vor 20, 30 Jahren studiert hat, wird die heutige Uni nicht wieder erkennen, der Vergleich fällt einigermaßen verstörend aus. Um nur einige aktuelle Alltäglichkeiten herauszugreifen, damals musste niemand wie in einer Lotterie Punkte setzen, um einen Platz in einer gewünschten LV zu bekommen, wer kann heute mit Sicherheit sagen, welche der frei gewählten LV wofür angerechnet wird und ob nicht wieder eine neue Version des Curriculums oder der geltenden Vorschriften vieles anderes aussehen lassen und somit Leerläufe produzieren (dies gilt nicht für alle Studienrichtungen in gleichem Maß)? Früher konnte Eigeninitiative der Studierenden das Studium spannend machen, jeder war selbst dafür verantwortlich, welche LV er ausgewählt, welchen Weg er durch das Studium genommen hat, heute gibt es kaum mehr etwas zur Wahl, die nach Zugangsberechtigungen und Voraussetzungsketten strukturierten Curricula haben nicht nur zu einer enormen Verschulung geführt sondern auch die Freiheit der Lehre und des Studierens eingeschränkt. Die Studierende hatten früher weitgehende Autonomie darüber, in welcher Zeit sie was absolvieren, die Curricula waren damals eben so flexibel, sie gestatteten es, Studierenden das Studium mit eigenem Leben, mit eigenen Interessen zu verbinden, außerdem war es damals unvergleichlich leichter möglich als heute Auslandsaufenthalte, Praxis, berufliche Tätigkeit u.dgl. in den individuellen Studienlauf einzubauen. Das Studium ist heute so kontrollier- und planbar geworden wie industrielle Produktion. Das hat dazu geführt, dass viele Studien ausgesprochen langweilig und uninteressant geworden sind. Der Beschränkung der Eigeninitiative entspricht z.B. die quantitative Beschränkung und Uniformierung von Wahlfächern. Viele Curricula im BA-Studium sind vollgepresst mit LV und Anforderungen, die den Studierenden kaum Freiräume für den Verfolg weiterer Interessen innerhalb der gewählten Studienrichtung oder der Beschäftigung mit Fremdsprachen u.ä. lassen und trotzdem - wegen der verkürzten Studiendauer - keine brauchbaren ("employability" ist das Schlagwort) Qualifikationen vermitteln. Studierende, die

unter diesen Verhältnissen trotzdem individuelle Wege suchen, neben dem Studium arbeiten wollen, zusätzliche Ausbildungsgänge absolvieren, Praxiserfahrung (z.B. im Ausland) sammeln wollen, laufen schnell Gefahr, weil sie die im Curriculum vorgesehenen Zeitpläne nicht einhalten können, in die Kategorie der "Langzeitstudierenden", "Bummellanten"³ zu geraten, - und so die Erfolgsstatistiken der Universitäten schädigen.

Wer vor 20, 30 Jahren eine akademische Karriere begann, konnte damit rechnen, wenn er die Qualifikationskriterien (Dissertation, Habilitation) erfüllt hat, auch an der Universität behalten zu werden und einen sicheren Arbeitsplatz zu haben. Was heute das Karriereschema vorsieht, kann bloß als eine Verhöhnung derjenigen bezeichnet werden, die Wissenschaft zum Lebensinhalt machen wollen. Den Urhebern der neuen Karrieremuster samt Dienstrechtsregelungen schwebte die Illusion des - für viele Fächer allerdings kaum existenten - Arbeitsmarktes für Wissenschaftler vor. Der Markt eben, der alles von selbst bestens regelt ... tat er das jemals? Wie dem auch sei, dieses neue Karriereschema leistet eines mit Sicherheit: Einige (in der Regel von der Politik wenig geschätzte geistes- und sozialwissenschaftliche) Fächer werden bald mangels Nachwuchs wie von selbst eingehen (könnte es nicht sein, dass das politisch augenzwinkernd beabsichtigt ist?). Unter den gegebenen Umständen ist es durchaus verständlich, wenn junge Menschen immer weniger bereit sind, diese Unplanbarkeit und diese Bedingungen einer akademischen Karriere auf sich zu nehmen.

"Unterlassungssünden"

Vor diesem Hintergrund hat sich eine ansehnliche Liste der "Unterlassungssünden" gebildet, um im Sinne von Anneliese Rohrer zu argumentieren, ich führe nur einige der gravierendsten an:

- Warum war der Widerstand gegen die Entdemokratisierung der Universität (UG 2002) enden wollend, die Folgen dieses neuen Managementregimes waren ja vorhersehbar. Infolgedessen hat sich das Arbeitsklima seither wesentlich verschlechtert, Informationsflüsse, Entscheidungen sind intransparenter geworden, demokratische Kontrolle oder Korrekturen „von unten“ und Mitbestimmung haben sich aufgehört.
- Warum haben sich die Hochschullehrer nicht entschiedener gegen die Institutionalisierung der Einflussnahme der Politik und universitätsferner Interessen in den autoritär agierenden und übrigens keiner demokratischer Kontrolle unterliegenden Universitätsräten⁴ gewehrt?
- Warum haben Hochschullehrer und akademische Funktionäre auch der eklatanten Verschlechterung der Karrieren, der zunehmenden Prekarisierung des wissenschaftlichen Nachwuchses weitgehend widerspruchslos zugesehen,
- Warum wurde gegen absurde Lösungen im neuen Dienstrecht und Karriereschema (der Abschluss der Kollektivverträge als große Errungenschaft gefeiert, die Euphorie hat sich schnell verblasen, die Nachteile sind erheblich schlimmer und nachhaltiger) nicht stärker opponiert,
- warum hat sich das akademische Establishment nicht genauer mit dem Charakter der Bologna-Architektur befasst, bevor sie auch in Österreich eingeführt wurde, obwohl es in anderen Ländern bereits eine 10-jährige Erfahrung mit zahllosen kritischen Publikationen dazu gegeben hat. Somit mussten sehenden Auges alle Fehler wiederholt werden, die andere Länder auch gemacht haben.
- Wie war es möglich, dass angesichts der Einführung des Bologna-Modells so schwerwiegende Fehler bei der Kostenschätzung geschehen sind? Warum haben die

³ vgl. Gero Fischer: [Bummler, Inaktive, Drop-outs und andere Verursacher ... \(2012\)](#)

⁴ Siehe die jüngsten dubiosen und skandalverdächtigen Vorgänge um die Abberufung des Rektors der Uni Klagenfurt, Universitätsräten (profil 20 / 14.5.2012), die Vorbehalte gegenüber dieser Einrichtung nur bestärken.

verantwortlichen Universitätsleitungen den erkennbaren Unwägbarkeiten zum Trotz insbesondere dem absurden Dogma von der Kostenneutralität als Grundlage und Bedingung bei der Einführung der neuen Architektur trotzdem zugestimmt?

- Wer soll denn verantwortlich für die Unstudierbarkeit vieler neuer Curricula sein, wenn nicht die Universitätslehrer, die in den curricularen Arbeitsgruppen federführend beteiligt waren und die Universitätsgremien, die diese Studienpläne abgesegnet haben?
- Wo ist die Kritik bei der (von der Politik angeordneten) Einführung von StEP und StEOP geblieben, denn im Konzept dieser Entwürfe waren Widersinnigkeiten und Probleme ab- und vorhersehbar, warum war der Widerstand gegen deren übereilte Umsetzung so zahm, so unhörbar?
- Wo ist der Widerstand gegen die an manchen Studien existierenden elendigen Betreuungsbedingungen geblieben, die zu keiner zufriedenstellenden Qualität der universitären Lehre und ihrer Abschlüsse führen können?⁵
- Wo ist der Widerstand gegen die chronische Unterfinanzierung der Universitäten, gegen die konstante Weigerung der Politik, endlich ein funktionierendes, nachhaltiges Finanzierungskonzept vorzulegen?
- Warum war der Protest gegen die Einstellung von Finanzierungszuschüssen zu wissenschaftlichen Publikationen und Tagungen so handzahn, dass er kaum wahrnehmbar war?
- Wie war die absurde Farce möglich, dass die Universität Wien die Studienrichtung "Internationale Entwicklung" - an anderen großen Universitäten längst etabliert - nach anfänglicher Aufbauarbeit einzelner engagierter Pioniere, nicht in den Kanon der Studienrichtungen integriert sondern derart wildwüchsig verkommen gelassen hat, dass jetzt kein anderer Ausweg mehr gesehen wird, als dieses Fach als BA zu schließen und nur als MA weiter zu führen. Dieses Debakel wird dürftig mit finanziellen Argumenten camoufliert, statt dass offen Fehlentwicklungen in diesem Zusammenhang den Studierenden kommuniziert und gemeinsame Lösungen gesucht werden ...
- Warum haben die gravierenden Tabubrüche der letzten Monate - Polizei an der Universität Wien - auch wenn vom Rektorat selbst initiiert - niemanden aufgeweckt, auch da wurde nur genickt, statt sich grundlegend damit auseinander zu setzen.
- usw. usw.

Immer wieder Aussitzen, Augen zu und durch?

Seit es an den Universitäten keine funktionierende demokratische Kontrolle (d.h. definitiv seit der Universitätsreform von 2002, zu einem kontinuierlichen Demokratieabbau kam es schon vorher) mehr gibt, sind Fehlentwicklungen zwangsläufig und nicht zuletzt die sich häufenden Skandale an verschiedenen Universitäten bestätigen diese empirisch. Das Wirken des New Management ist auch verantwortlich für die sich ständig verkürzenden Halbwertszeiten von Studienverordnungen, bürokratischen Abläufen, Curricula, etc. ableiten, ebenso wie die Vielzahl kaum mehr logisch einsichtiger Vorschriften, Übergangsbestimmungen, Fristenläufe, etc., die Intransparenz der Genese von Entscheidungen, Anerkennungsvorschriften und Regelungen etc. Kaum eine Maßnahme, die von „oben“ kommt, die nicht innerhalb kurzer Zeit wieder revidiert oder novelliert werden muss. Da die demokratische Mitbestimmung aufgehoben wurde, kann sich die Macht der Zentralbürokratie ungebremst entfalten, sie „zielt

⁵ Wenn z.B. Kollegen 50 – 70 Diplomarbeiten wegen personeller Unterbesetzung zu betreuen gezwungen sind, dann ist es schon rein physisch nicht mehr möglich, diese Textmasse entsprechend zu bearbeiten, allfällige Korrekturvorschläge zu machen, überarbeitete Versionen zu kontrollieren, möglichen Plagierungen nachzuspüren etc.

darauf, die Universität in ihrem Eingangsbereich zu einer Anstalt der kanalisierten Wissensvermittlung zu machen und dort die kritische Erkenntnis zu liquidieren: keine eigenständige Gestaltung des Studiums, keine Anleitung zur kritischen Neugier, keine Probleme, mahnen die MinisterInnen. ... Keiner der verantwortlichen Verwalter kommt auf für den Schaden, den er oder sie in der Biographie der Studierenden mit der Wissensdressur zur Unmündigkeit angerichtet haben.“⁶ Dieses neue Management gemessen an den Folgen eigentlich ein Paradigmenwechsel - hat weitreichende Folgen für die Lehre, wo Formalia zusehends inhaltliche Aspekte ausstechen (übrigens erleichtert und gefördert durch computerisierte Verwaltungssysteme), wo die individuelle Gestaltung von Studium und Lehre zugunsten einer an industrielle Fertigung und Normierungen gemahnende Prozesse mit ihren Normierungen und Standardisierungen im Zuge der Hochschul- und Studienreformen zurückgedrängt wurde. Der bürokratisch-administrative Überbau ist dermaßen komplex geworden, dass Kooperationen zwischen Studienrichtungen, geschweige zwischen SPL oder gar Fakultäten unerträglich aufwändig geworden sind, was letztlich auf Lasten innovativer interdisziplinäre Zugänge geht. Die Folgen sind klar: Das Studium ist weniger inspirativ - dafür international „einheitlich“ und „vergleichbar“ geworden. Was diese Normierungen in der Lehre für einen Sinn (vielleicht Selbstzweck oder bloß unhinterfragter internationaler Mainstream?) haben sollen, wurde und wird weniger thematisiert als einfach stillschweigend und zähneknirschend akzeptiert. Somit heißt Studieren derzeit, das vom Curriculum vorgegebene, fast nur noch aus PflichtLV bestehenden Lehrangebot ohne Hinterfragung abzuarbeiten. Das ist der „gekrümmte Gang“, der zur Nachahmung empfohlen wird.

Nun ist es zweifellos so, dass sich nicht alle universitären Probleme auf die finanzielle Ausstattung der Hochschulen reduzieren lassen, wie man es dreht und wendet, trotzdem sie bleibt das Kernstück und der Schlüssel zu einer Lösung: Bedingungen für ordentliche Betreuungsverhältnisse sind nun einmal die Basis für die Qualität der Lehre und die Förderung des akademischen Nachwuchses. Was die materielle und finanzielle Sicherstellung von akademischer Forschung und Lehre betrifft, ist die Performance der Politik in Österreich erbärmlich: Ihr Eiertanz um eine ordentliche und nachhaltige Finanzierung steht im Gegensatz zu ihrem bedenkenlosen und entscheidungsfreudigen Einsatz für "Bankenrettungen" bzw. für diverse Prestigeprojekte. Das aktuelle Angebot der Politik ist so lächerlich wie selbstentlavend peinlich und grenzt zudem an Zynismus: Die Universitäten sollen selbst - d.h. "autonom" (schließlich wurden sie ja vor einigen Jahren in die Autonomie "entlassen") entscheiden, ob sie Studiengebühren einführen oder nicht, d.h. sie selbst "dürfen" ihre Misere, in die sie die Politik manövriert hat, managen und das noch auf rechtlich unsicherem Terrain. Außerdem treffen diese Regelungen nur "Langzeitstudierende" und Ausländer, also maximal 15 % der Studierenden, die zu erwartenden Einnahmen aus den Studiengebühren müssen noch einmal bereinigt werden, durch diejenigen "Langzeitler", die dies zum Anlass nehmen, definitiv aufzugeben, was zweierlei Folgen hat: Keine Gebühren und erhöhte Drop-out-Rate. Studiengebühren - auch wenn sie das Lieblingsmantra des Wissenschaftsministers und vieler anderer Politiker sind - stellen keine Lösung des Finanzierungsproblems der Hochschulen dar. Eine Politik, die das ignoriert, handelt völlig verantwortungslos. Die Politik hat bisher schwer Vorstellbares ermöglicht und damit wohl auch einen Präzedenzfall geschaffen: Die Vertretungen der Studierenden hat angekündigt, diejenigen Universitäten mit Prozessen zu überziehen, die die Einführung von Studiengebühren beschlossen haben, vor Gericht (die Causa wird wahrscheinlich bei den Höchstgerichten landen), um die Frage der Studiengebühren auszustreiten und hat dafür ein Million € in die Kriegskassa gelegt. Eine neue, vielleicht sogar zukunftsweisende Qualität des innerakademischen Diskurses!/? Profitieren werden davon letztlich nur die beauftragten Anwaltskanzleien. Nach geschlagenen Schlachten und nach verzogenem Pulverdampf werden wir feststellen, was vorher schon

⁶ Reinhardt Brandt: Wozu noch Universitäten? Hamburg 2011, S. 15

erkennbar war, dass wir beim Problem der Finanzierung keinen Schritt weiter gekommen sind, nur dass für diese vorhersehbare "Erkenntnis" Millionen buchstäblich verpulvert wurden. Warum spielt die Mehrzahl Universitäten und Rektoren bei diesem Wahnsinn mit? Und es geht weiter so, die Politik hält offensichtlich neue Etiketten bzw. Formulierungen für nachhaltige Lösungen, so z.B. auch das Konzept - oder vielleicht doch nur ein Schlagwort? - "Studienplatzfinanzierung". Ist sie nur ein betriebswirtschaftlich formulierter Neusprech für ein Instrumentarium, die vorgeblich "zu vielen" Studierenden auf die tatsächlich "zu wenigen" Studienplätze "abzubilden", oder werden dadurch wirklich die Mittel bereit gestellt, die notwendig sind, damit allen denjenigen, die die entsprechende Motivation und Bereitschaft mitbringen, die erforderlichen Bedingungen geboten werden, ihre Studienziele zu realisieren?⁷ Angesichts der bisherigen Erfahrungen sind Zweifel mehr als angebracht.

Eine Art Resümee

Es ist an der Zeit, dass sich die Universitäten von der herrschenden Politik nicht ständig vorführen lassen, dass sie selbst einmal initiativ werden und zur herrschenden Hochschul- und Bildungspolitik alternative Modelle entwickeln. Es kann niemand die akademische Community hindern, von sich aus zu formulieren, wie sie sich die akademische Arbeitswelt, akademische Lehre und das akademische Umfeld generell vorstellt – unabhängig davon, ob die Politik gewillt ist diese Forderungen zu akzeptieren, zu diskutieren oder gar zu realisieren. Es braucht mehr Courage zum Dissens und Disput innerhalb der akademischen Community, mehr Offenheit gegenüber gesellschaftspolitischen Problemen und Fragestellungen, einen bewussten Kontrapunkt zu populistischen Simplifizierungstendenzen der herrschenden Politik. Es braucht mehr Engagement, Verantwortung und Empathie für die Jugend, die das Wagnis eines Studiums beginnen will. In der Tat scheint seit Jahren bei für Bildungs- und Wissenschaftsbelange verantwortlichen Spitzenpolitikern aber auch bei führenden Vertretern der Universitäten die wenig widersprochene Meinung zu dominieren, wonach nicht jeder die Matura machen bzw. studieren müsse. So eine Haltung ist geeignet, jede restriktive Bedingung Studierwilligen gegenüber zu rechtfertigen. Nun ist es aber so, dass die Studierendenzahlen in absehbarer Zeit nicht zurückgehen werden, daraus folgt, dass die Kapazitäten in der Lehre im tertiären Sektor daher erhöht werden müssen und vor allem: Höhere Bildung ist ein Recht und kein Privileg. Es ist aber auch eine weitere Dimension mitzudenken: Verantwortung gegenüber der nachfolgenden Generation muss auch im Hinblick auf die wachsende Jugendarbeitslosigkeit getragen werden. Ein zwar nicht hinreichendes aber notwendiges Mittel gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist die Forcierung der Bildung(smöglichkeit) der jüngeren Generation. Vor 100 Jahren schien es ein Privileg zu sein, die grundlegenden Kulturtechniken Lesen und Schreiben erwerben zu dürfen. Demokratische und emanzipatorische Bewegungen sowie die gestiegenen Anforderungen der gesellschaftlichen und technischen Entwicklung haben seither die Bildungsansprüche - und Anforderungen deutlich nach oben verschoben. Das heißt nun einmal, dass alle Energie dafür eingesetzt werden muss, Bedingungen zu schaffen, um die Bildungschancen der heranwachsenden Generation zu fördern. Menschen mit Matura gehörten damals zur unteren Bildungselite, heute ist die vergleichbare Latte wohl bei einem Hochschulabschluss anzulegen.

Die Universitäten müssen sich deutlich stärker gesellschaftskritisch positionieren, sich aktiver in den politischen Prozess einbringen, sich für demokratische Verfasstheit und Praxis in der Gesellschaft stark machen. Es braucht insbesondere ein klares Bekenntnis zum Recht auf Bildung, das ein gesamtgesellschaftliches und politisches Anliegen sein muss, das

⁷ Nebenbei: Auch Sponsoring durch die Wirtschaft ist in Österreich kein besonderes Hoffungsgebiet, selbst der Beitrag für von der Industrie gepuschte Exzellenzinstitutionen wie das ISTA ist bisher mehr als bescheiden ausgefallen. Die Privatwirtschaft hat 30 Mio € versprochen, eingelangt sind gerade einmal 17 Mio (Schuld sei die Wirtschaftskrise, nicht mehr an Beiträgen leisten zu können). Interview mit Veit Sorger (Präsident der Industriellenvereinigung) im Standard 5.3.2012: „Studienplätze beschränken oder ausweiten“

Bildungsniveau der gesamten Bevölkerung zu heben. Auch wenn der Widerstand unter gegebenen Umständen vergeblich scheint, die Lehrenden und akademischen Funktionsträger würden zumindest die aus der Verantwortung den Studenten und dem akademischen Nachwuchs gegenüber erwachsende Pflicht erfüllen und sie würden den aufrechten Gang gehen und auch nicht dem Vorwurf eines bequemen Opportunismus begegnen müssen. Wer gar nicht zum Kampf antritt, hat die Schlacht schon verloren.

Die Universitäten für die Studierenden aber auch für die Lehrenden - zu einem attraktiven Ort für Lehre und Forschung zu machen erfordert selbstverständlich mehr Einsatz als die durchaus originellen aber in diesem Kontext sich eher anekdotisch ausnehmenden und leer verpufften Einzelaktionen und Meinungskundgebungen der letzten Zeit:

- Die Forderung der Universität für Angewandte Kunst nach „Auflösung der PH Wien und Übertragung der dort angesiedelten Ressourcen an die zuständigen Unis in Wien“⁸ finde ich erfrischend und absolut vernünftig. Da Parallelstrukturen in der Lehrerausbildung sinnlos und unökonomisch sind und sollten daher alle PH aufgelöst und den Universitäten einverleibt werden.
- Professoren der TU Wien (Anfang Mai 2012) haben LV auf Straßen abgehalten, um der Öffentlichkeit die prekäre Situation der TU demonstrativ vor Augen zu führen
- Einige Universitäten haben sich der Empfehlung des Wissenschaftsministers verweigert, Studiengebühren einzubeheben, weil sie dies für keine nachhaltige Maßnahme der Finanzierung halten und dies nur zur Verlängerung des Status quo beiträgt. Sie riskieren damit zumindest keine Rechtsstreitigkeiten mit der ÖH.

Es sieht nicht danach aus, als wären diese Aktionen Vorboten einer neuen Ära des hochschulpolitischen Diskurses. Aber wie lange denn noch soll es so weiter gehen?

Mai-Juni 2012

⁸ Standard 25/26.2.2012: "Unis im verschärften Suchmodus"